

Leseliste Certamen Rheno-Palatinum für Latein IV 2018

Europa – woher kommst du - wohin gehst du?

1. Mythos Europa

Der griech. Geschichtsschreiber Herodot (4.Jh. v.Chr.) erwähnt die Geschichte der Entführung der phönizischen Prinzessin Europa an prominenter Stelle (Herodot 1,1-4): in einer Reihe wechselseitiger Raube von Frauen aus Hellas und Asien, die zugleich als Vorgeschichte des griech.-pers. Konflikts präsentiert wird. Herodots Werk ist nicht das erste »abendländische« Zeugnis von Europas Raub. Der Mythos kommt seit Homers Ilias allenthalben in der Literatur vor, seit dem 6.Jh. v.Chr. auch in der Bildkunst, u.a. auf Vasen, Reliefs, (Wand-)Gemälden. Erzählt wird, wie der griech. Göttervater Zeus (lat.: Iuppiter) ein begehrlches Auge auf Europa warf, sich ihr in Stiergestalt näherte und sie verschleppte. Von der Schönheit und Sanfttheit des Stiers eingenommen, soll Europa ihn gestreichelt, sich auf seinen Rücken gesetzt, der Göttervater sich daraufhin erhoben, sie nach Kreta entführt und mit ihr Kinder gezeugt haben.

Europa, ihre Vorfahren und Nachkommen bezeugen die Verbindung der Völker. Griechen, Kreter, Phönizier und Ägypter, die sich ums Mittelmeer gruppieren, werden in dem Sagenstoff von Europas Familie, die den Mittelmeerraum durchreist und besiedelt, als von Vielfalt geprägte kulturelle Einheit gesehen – ähnlich, wie wir sie heute, unter veränderten ethnografischen und politischen Verhältnissen, mit dem Europa-Gedanken anstreben. Europa selbst erhielt in den Transformationen des Mythos bis heute unterschiedlichste Rollen: von der gewaltsam geraubten Jungfrau über die zu Gott strebende Seele hin zur fatalen Verführerin, der sich der Mann willig unterwirft.

Quelle: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/177121/mythos-europa>; abgerufen am 03.12.2017

2. Was ist das eigentlich: Europa?

Es gibt wohl kaum einen geografischen Begriff, der so eindeutig verwendet wird und zugleich so unklar ist wie der Name „Europa“. Während es für die einen die Bezeichnung eines Kontinents ist, setzen es andere mit der Europäischen Union gleich. Wieder andere verbinden mit „Europa“ ein System von kulturellen Traditionen und Werten, das sich von denen anderer Regionen der Erde unterscheidet. Und nicht wenige Menschen sehen in Europa schlicht Wohlstand und die Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben, das besser ist als das, welches sie in ihrem Heimatland führen – die aktuellen Migrationsbewegungen zeigen das sehr deutlich. Doch obwohl sich so viele Erwartungen mit dem Begriff verbinden, ist nicht deutlich, was er umfasst.

Die Europa-Wahrnehmung der Antike

Blickt man in die Geschichte, so ist zu erkennen, dass Europa keinesfalls immer als Kontinent gedacht wurde, wie wir ihn heute mit den anderen Erdteilen aufzählen. In der Antike, aus der der Name stammt, war das Mittelmeerbecken der zentrale Wahrnehmungsraum; hier ist „Europa“ mehr oder weniger der Name für die nördliche Küste, so wie „Asia“ die Ostküste benennt und „Africa“ die südliche. Niemand wäre auf die Idee gekommen, mit diesen Namen ganze Kontinente zu verbinden, und vor allem hat niemand das Mittelmeer als einen Raum gesehen, der Kontinente voneinander getrennt hat – vielmehr hat es die verschiedenen Küsten miteinander verbunden. Europa endete an den Alpen, Afrika an der Sahara. Die jeweils dahinter liegenden Teile wurden wenig beachtet und jedenfalls nicht als mit dem Erdteil zusammengehörend gedacht. Diese Wahrnehmung hat sich völlig umgedreht – wir halten heute Norweger ebenso für Europäer wie Sizilianer, während wir davon ausgehen, dass Tunesier, die keine 200 Kilometer von Sizilien entfernt leben, Afrikaner sind, ebenso wie etwa Senegalesen. Und heute würde wohl niemand mit dem Begriff „Asiaten“ Menschen aus

Syrien, dem Libanon oder Jordanien assoziieren; wir denken dabei an Inder, Chinesen oder Japaner.

Die gegenwärtige Flüchtlingskrise zeigt uns, wie mächtig die Bedeutung des Mittelmeers als einer Verbindung heute noch ist: Für die vielen Menschen, die ihr Leben aufs Spiel setzen, um nach Europa zu gelangen, ist das Mittelmeer nicht so sehr die Trennung zwischen den anderen Kontinenten und Europa, sondern es ist vor allem die Brücke, die den Übergang in die Region politischer Stabilität ermöglicht. Dass es sich dabei um eine höchst gefährliche Brücke handelt, ändert nichts daran.

Wann hat sich der Übergang zu einer anderen Sicht von Europa vollzogen, in der dieser Name für einen Kontinent steht, der sich von Afrika und Asien so deutlich unterscheidet? Eine wichtige Entwicklung lässt sich im 9. Jahrhundert sehen. Ohne es ausdrücklich zu reflektieren, vollzog die westliche Christenheit damals einen bedeutsamen Schritt, der die Wahrnehmung des Raumes für viele Jahrhunderte entscheidend verändern sollte.

Vorausgegangen war der Verlust großer christlich besiedelter Gebiete im Süden und Südosten des Mittelmeerraumes an die muslimischen Araber. Die spätantike Vorstellung, dass dieses Meer und seine Küsten christlich geprägt seien und es bleiben würden, stimmte nun nicht mehr, auch wenn die Konversion der dort lebenden Christen nur sehr langsam vor sich ging. Bislang war das politische Zentrum des Christentums das Oströmische („Byzantinische“) Reich, dessen Kaiser seinen Sitz in Konstantinopel hatte. Er betrachtete sich als Schutzherr des rechten Glaubens nicht nur innerhalb seines Reiches, sondern darüber hinaus auch für die Christenheit ganz generell, den lateinischen Westen eingeschlossen.

In einer Krise im 8. Jahrhundert, die durch theologische Auseinandersetzungen um die Bilderverehrung in Konstantinopel sowie durch Streitigkeiten um Steuereinnahmen und um Gebietsvorrechte zwischen dem Papst und dem byzantinischen Kaiser ausgelöst worden war, mussten die Päpste erkennen, dass sie sich auf die byzantinischen Kaiser nicht mehr verlassen konnten. Die wichtigen und mächtigen Kaiser zu Beginn des 8. Jahrhunderts, Leo III. und Konstantin V., waren bereit, Reichsinteressen über die des römischen Bischofs zu stellen und sogar mit Gewalt gegen Rom vorzugehen. Auch wenn die geplante Militäraktion erfolglos blieb, war das doch ein deutliches Alarmzeichen für die Päpste.

Gleichzeitig mit diesem Prozess einer Entfremdung zwischen den beiden bislang wichtigsten Zentren der frühmittelalterlichen Welt war es nördlich der Alpen, also in unseren Regionen, nach den Unruhen der Völkerwanderungen zu einer allmählichen politischen Konsolidierung gekommen. Hierzu hatten die Franken erheblich beigetragen, die, christlich geworden, nach und nach zum wichtigsten militärischen Akteur in Mitteleuropa geworden waren. Es war also auch machtpolitisch für die römischen Bischöfe empfehlenswert, sich mit ihnen gut zu stellen. So kam es zu einem Bündnis, das in der Krönung von König Karl zum Kaiser an Weihnachten 800 in Rom seinen Höhepunkt fand. Aus der byzantinischen Perspektive war das ein unsinniger und usurpatorischer Akt, da es ja schon ein Kaisertum gab, nämlich das von Konstantinopel, und ein anderes, konkurrierendes schlechthin undenkbar war. Manche orthodoxe Historiker haben sogar in diesem Akt der Kaiserkrönung die eigentliche Trennung zwischen dem griechischen Osten und dem lateinischen Westen gesehen.

Tatsächlich legten die Franken ein großes Selbstbewusstsein an den Tag, das von der Überzeugung getragen war, den christlichen Glauben und seine Repräsentanten, allen voran den Papst, schützen zu müssen. In den nächsten Jahrhunderten führte diese Überzeugung zu einem engen Bündnis zwischen dem westlichen Kaiserreich, das auch die Trennung des Frankenreichs überstand, und den römischen Bischöfen – eine Beziehung, die nicht ohne Konflikte blieb, die jedoch die europäischen Verhältnisse auf lange Zeit prägten. Zugleich wurde der bisherige Kaiser, der von Konstantinopel, in diesem „Europa“ immer mehr vergessen. Die Kenntnisse des Griechischen gingen stark zurück (wie auch die des Lateinischen in Konstantinopel), sodass man sich kaum noch verständigen konnte. Die Kreuzzüge, die westliche Heere in den östlichen Mittelmeerraum brachten, ignorierten das östliche Christentum und seine Traditionen, und als außer Kontrolle geratene Kreuzfahrer

1204 Konstantinopel eroberten und plünderten, war der Bruch zwischen diesen beiden Zweigen des Christentums schon endgültig.

Die europäische Zivilisation

So entstand also auf unserem Kontinent ein Bewusstsein von einer christlichen, von der lateinischen Kultur geprägten Zivilisation – ein Europa der *latinitas*. Eine Reihe von Faktoren trug dazu bei, dass diese Zivilisation großen Einfluss erlangte: Die geografische Lage führte dazu, dass Bedrohungen nur von Süden oder von Osten kommen konnten – die große militärische Stärke sorgte jedoch dafür, dass solche Bedrohungen in Schach gehalten und schließlich abgewehrt werden konnten. Die technische Entwicklung führte nicht nur zu Fortschritten auf vielen Gebieten und der Vervollkommnung mancher Fähigkeiten, sondern damit auch zur Überlegenheit gegenüber anderen. Die geografische und politische Kleinteiligkeit des Kontinents ließ lokale und regionale Sonderentwicklungen zu, solange die grundsätzliche Solidarität der christlichen Gemeinschaft nicht in Frage gestellt wurde. Durch die Aneignung von antikem Gedankengut (das zu einem wichtigen Teil durch arabische Gelehrte vermittelt worden war) kam es zu einer kulturellen Hochblüte.

Das religiös geeinte Europa schloss sich aber auch gegenüber allem, was anders war, ab. Vor allem der Osten wurde als fremd und oft feindlich angesehen, sei es in Gestalt des „heidnischen“ Islam, sei es als die „schismatische“ Orthodoxie. Das hinderte aber nicht daran, mit beiden in rege Handelsbeziehungen einzutreten und sich die Vorteile der Situation zunutze zu machen. Doch auch in Europa selbst gab es religiöses Anderssein. Zunächst ist hier an die Juden zu denken, die von Christen und christlichen Staaten über viele Jahrhunderte mit blutiger Verfolgung überzogen wurden. Antijudaismus und Antisemitismus, die im vergangenen Jahrhundert mit dem Versuch der systematischen Vernichtung des Judentums ihren Höhepunkt gefunden haben, gehören ebenfalls zum europäischen Erbe; sie lassen sich nicht einfach wegdefinieren oder übergehen. Daneben gab es aber auch im westlichen Christentum verschiedene Versuche, die eigene Religion anders zu verstehen oder anders zu leben. Die meisten dieser Bewegungen wurden zu Ketzern erklärt und ebenfalls blutig unterdrückt (Katharer, Hussiten u.a.), andere gelang es erfolgreich in die Kirche zu integrieren (etwa die Bewegung des Franz von Assisi). Erst mit der Reformation im frühen 16. Jahrhundert kam es zu einer religiösen Spaltung von Belang, die weitreichende historische Folgen für Europa haben sollte.

Vorher jedoch war das Zeitalter der „Entdeckungen“ angebrochen. Die europäischen Nationen expandierten erstmals gezielt und in großem Maße; vorher hatte es zwar auch einzelne Entdeckungsreisende gegeben, aber die von ihnen entdeckten Gebiete waren bei den Staaten Europas nicht auf großes Interesse gestoßen. Jetzt aber fingen die europäischen Nationen an, diese Gebiete für sich als Kolonien zu beanspruchen: Sie schlugen sie ihrem Staatsgebiet zu und nahmen sich das Recht heraus, ihre Ressourcen auszubeuten. Die Bevölkerung wurde christianisiert, nicht selten unter der Anwendung von Gewalt, und ihr wurden sämtliche Rechte entzogen; in der Regel wurden sie als minderwertig betrachtet und häufig versklavt.

Der Kolonialismus hat in der europäischen Geschichte und Wirklichkeit ein schwieriges Erbe hinterlassen, das sich in vielfacher Form bis heute bemerkbar macht. Doch ungeachtet dessen ist der Kolonialismus, die Ausbeutung weit entfernt liegender Kolonien und die missachtende Behandlung ihrer Menschen, ebenfalls ein Teil der europäischen Tradition. Sie lässt sich nicht einfach wegdenken; vielmehr ist es die Aufgabe der heutigen Europäer, mit diesem Erbe verantwortungsvoll umzugehen. Dazu gehört auch das Phänomen der Sklaverei. Es hat sie bereits in der Antike gegeben, und die verschiedenen Formen von Leibeigenschaft und Schuldknechtschaft wurden in Europa nach und nach abgeschafft. Doch haben sich Europäer als Sklavenhändler und als Sklavenhalter in den Überseegebieten schändlich hervorgetan. Mit dem europäischen Bewusstsein ging die Vorstellung von einer Überlegenheit einher, die nicht selten mit dem christlichen Glauben korrelierte.

Neben den christlichen Einflüssen gab es weiterhin immer solche von anderen Religionen. Die überlebenden Juden haben vor allem entscheidend zu den

Aufklärungsprozessen beigetragen, die Europa in intellektueller Hinsicht stark geprägt haben. Vorstellungen von Toleranz und religiöser Anerkennung gehen auf diese Denker zurück, die damit der geistigen Entwicklung des Kontinents entscheidende Impulse verliehen haben. Ehrlicher Weise muss man auch die Agnostiker und die Atheisten zum Erbe Europas zählen. In polemischer Auseinandersetzung mit den vorherrschenden religiösen Anschauungen sind europäische Philosophen zu der Überzeugung gelangt, dass es Gott nicht gibt oder dass seine mögliche Existenz für die Menschen keine Bedeutung hat. Der Nichtglaube ist ein europäisches Produkt, das – in Form philosophischer Anschauungen oder vulgarisiert als der Atheismus der kommunistischen Regimes – zu einem Exportartikel geworden ist, der die Weltgeschichte nachhaltig beeinflusst hat. Auch wenn die Entwicklung von Religiosität in unserer Zeit unter den Religionssoziologen umstritten ist, so ist doch in Mittel-, Nord- und Westeuropa der Grad an Kirchlichkeit so niedrig wie sonst nirgends auf der Welt. Ob das eine Folge der Modernisierung ist oder durch andere Faktoren erklärt werden kann, muss dahingestellt bleiben.

Schließlich sei noch darauf verwiesen, dass der europäische Kontinent wie kein anderer in der Geschichte die ihm zugrunde liegenden Ideen verbreiten wollte und auch erfolgreich verbreitet hat. Der Kolonialismus wurde schon genannt; über die Ausbeutung von Ländern und Menschen hinaus hat man jedoch auch versucht, ein kulturelles, zumeist religiös konnotiertes Modell zu verbreiten, das man für die richtige Art zu leben hielt. Dazu gehören konkrete Erscheinungsformen, die in den ehemaligen Kolonialstaaten oft bis heute noch sichtbar sind. Dazu gehört aber auch die Idee, aus Europa stammenden Werten wie etwa den Menschenrechten weltweit Geltung zu verschaffen. Allerdings ist dazu zu ergänzen, dass hierbei seit dem 20. Jahrhundert die (ursprünglich natürlich auch europäisch geprägten) Vereinigten Staaten ebenfalls eine wichtige Rolle gespielt haben.

All diese Dinge also sind zu beachten, wenn wir über das Erbe Europas sprechen. Es ist sehr stark durch die christlichen Traditionen geprägt, aber eben auch von anderen, den christlichen Ideen und Lehren zum Teil sogar zuwiderlaufenden Vorstellungen. Auch die freiheitlichen und emanzipatorischen Vorstellungen, auf die Europa mit Recht stolz sein kann, mussten sich teilweise erst im Gegensatz zu und in Abgrenzung von kirchlichen Positionen entwickeln. Das entbehrt nicht einer gewissen Absurdität: Die christlich-jüdische Tradition von der Gottesebenbildlichkeit des Menschen hat entscheidend dazu beigetragen, dass sich moderne Ideen über die Würde und die Rechte des Menschen entwickeln, doch mussten diese sich zuerst und nicht ohne Mühe gegen den Widerstand des verfassten Christentums durchsetzen. In einem lange dauernden und oft schmerzhaften Prozess haben sich die christlichen Kirchen dann diese Errungenschaften angeeignet und nach und nach auch erkannt, dass sie zu ihrem eigenen Erbe gehören.

Was ist Europa heute?

Die bisher dargestellten Punkte helfen uns dabei zu verstehen, wie in der Geschichte „Europa“ gesehen wurde und was seine zentralen Elemente sind. Aber sie können keine Kriterien zur Bestimmung eines heutigen Verständnisses sein. All diese Dimensionen, auch die religiösen, haben eine wichtige historische Bedeutung; sie lassen uns verstehen, warum wir heute in der Verfassung sind, in der wir uns befinden, aber sie sind nicht normativ. Es ist also zu überlegen, was denn Europa heute ausmachen kann.

Dabei ist klar, dass es sich nicht um eine geografische Definition handeln kann. Dass der Versuch, den Kontinent durch seine physischen Grenzen zu bestimmen, nicht funktionieren kann, hat schon der Blick in die Geschichte gezeigt, wo das Mittelmeer lange Zeit nicht als Südgrenze des Kontinents, sondern als Verbindung zwischen den Küsten verstanden wurde. Doch auch im Norden und Westen ist es nicht viel besser: Ist Island ein Teil Europas? Grönland gehört geologisch zu Nordamerika, politisch aber über seine Verbindung mit Dänemark zum Kontinent – aber lässt sich die größte Insel der Welt tatsächlich als Teil Europas ansehen? Am schwierigsten ist die Abgrenzung Europas jedoch gegen Osten: Keine der traditionell angegebenen Ostgrenzen Europas ist überzeugend. Der Bosphorus trennt Istanbul in zwei Teile – aber es handelt sich um *eine* Stadt, nicht etwa um eine halbe

europäische und eine halbe asiatische Stadt. Die Zugehörigkeit von Schwarzem Meer und Kaukasus lassen sich ebenso geografisch nicht bestimmen, und der Ural, der gemeinhin als die Ostgrenze Europas angegeben wird, ist zu dieser Funktion vor allem deswegen gekommen, weil er sich fast gerade von Nord nach Süd erstreckt – tatsächlich ist er aber kein die Kontinente trennendes Gebirge, sondern eher eine Mittelgebirgskette; außerhalb seines subpolaren Teils gibt es nur einige wenige Erhebungen über 1.500 Meter Meereshöhe. Es hat also wenig Sinn, Europa durch die erdkundlichen Gegebenheiten festlegen zu wollen. Nimmt man aber den kulturellen Raum als Kriterium, dann ergeben sich zahlreiche weitere Probleme. Russland unterscheidet sich zivilisatorisch in seinem europäischen Teil praktisch nicht von seinen in Asien gelegenen Gebieten. „Europa“ erstreckt sich also bis ans Japanische Meer. Es ist kein Zufall, dass die Idee von „Eurasien“ gerade in der russischen Geistesgeschichte so einflussreich gewesen ist. Und lässt sich nicht auch etwa Israel als europäisch geprägt bezeichnen? Ebenso müsste man die Frage in Bezug auf Australien stellen. Es gibt also einen europäischen Raum (nicht im konkreten Sinn verstanden), der über den Kontinent weit hinausgeht und sich in verschiedenen Regionen der Welt wiederfinden lässt. Australien hat nicht die historischen Prozesse des alten Kontinents wie Städtebildung, Entstehung von Bürgerschaft, Selbstkonstitution von Gesellschaft usw. durchlaufen, doch ist es eine Gesellschaft, die sich von europäischen Werten leiten lässt, in der auf die europäische Art und Weise über das Gemeinwesen bestimmt wird und die somit in der europäischen Tradition steht.

Denkt man in diese Richtung weiter, so ergibt sich eine Vorstellung von Europa als einem Konglomerat von Werten, Lebens- und Verhaltensweisen. Eine geografische Zuordnung ist dafür nicht notwendig, und auch keine zu einem Staatswesen. Es ist also denkbar, dass es Gebiete, Regionen oder einfach Orte gibt, die zu „Europa“ gehören, weil in ihnen dieses Konglomerat verwirklicht wird. Das könnte man dann sogar für solche Denkformen sagen, die nicht räumlich eingegrenzt werden können. „Europa ist kein Ort, sondern eine Idee“, lautet ein berühmter Satz des französischen Philosophen Bernard-Henri Lévy. Dann aber kann Europa tatsächlich überall sein. Es ist gleichsam eine Einstellung, die sich historisch aus in Europa entstandenen und/oder gewachsenen Traditionen speist und sie kreativ weiterentwickelt. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass wir Europa sehr häufig im Sinne des politischen Einigungsprojekts verstehen. Oft wird es ja mit der Europäischen Union gleichgesetzt, obwohl niemand daran zweifeln dürfte, dass auch Nichtmitglieder wie Norwegen oder die Schweiz zu Europa gehören. Dieses Europaverständnis ist allerdings pragmatisch und damit begrenzt. Es funktioniert (mehr oder weniger gut), solange es darum geht, Politik zu gestalten und konkrete Entscheidungen zu treffen und durchzusetzen. Es kann allerdings keine Grundlage für eine Idee davon sein, wie Europa gestaltet werden soll. Vielmehr bedarf es selber einer solchen Idee. Es ist eine faktische Beschreibung, aber kein Zukunftsprojekt. Ein solches muss jeweils neu auf der Grundlage der Traditionen des Kontinents erdacht und entwickelt werden.

Europa im Diskurs

Was hält aber Europa dann zusammen? Diese Frage stellt sich in der gegenwärtigen Situation mit umso größerer Dringlichkeit. Die Finanzkrise hat die Frage nach der europäischen Solidarität konkret gemacht und die Schwächen der Wirtschaftsgemeinschaft aufgedeckt. In den mittel- und osteuropäischen Ländern, die sich noch vor kurzem so sehr um die Mitgliedschaft in der Europäischen Union bemüht haben, macht sich nicht nur zunehmende Distanzierung gegenüber „Europa“ breit, weil man – etwa an der Frage nach der Flüchtlingsverteilung – merkt, dass Solidarität auch eine Leistungsseite hat. Die Wahlerfolge populistischer Parteien und die damit verbundene Abwendung von längst gesichert geglaubten Errungenschaften der Demokratie, wie sie gerade etwa in Ungarn oder in Polen zu beobachten sind, sind ebenfalls Anzeichen für ein Auseinanderdriften Europas. Der Nationalismus, übrigens auch eine europäische Erfindung, die von hier aus ihren Weg in alle Welt genommen hat, kehrt zurück und lässt die nationalen Egoismen zu neuer Bedeutung gelangen.

Diese Entwicklungen zeigen uns, wie gefährdet die Idee Europa ist. Sie ist nicht von vorneherein gegeben, sondern sie musste, wie wir gesehen haben, historisch entwickelt werden. Das bedeutet, dass sie auch historischen Veränderungen unterliegt, und vor allem, dass diese Veränderungen gestaltet werden können und müssen. Somit ist „Europa“ also ein kaum eindeutig zu bestimmendes Gemenge von Vorstellungen und Werten, die veränderlich sind und die von den Beteiligten – also von allen Europäer/innen – diskursiv ausgehandelt werden müssen. Es ist nicht wichtig, dass es innerhalb Europas in allen Punkten Übereinstimmung darüber gibt, was diese Werte ausmacht. Das ist vielmehr das Schauermärchen, mit dem die Europagegner ihre potenzielle Wählerschaft erschrecken wollen: Als sollten alle lokalen Traditionen und gewachsenen Gepflogenheiten vereinheitlicht werden. Es gibt keinen europäischen Politiker und kein Dokument, die das auch nur annähernd anstreben wollten. Im Gegenteil, von den Slogans des „Europas der Vaterländer“ über die „Einheit in Verschiedenheit“ bis zu der Vorstellung von einem „Europa der Regionen“ wird immer wieder die Bedeutsamkeit der nationalen und regionalen Besonderheiten unterstrichen. Es muss also keinesfalls Übereinstimmung in allen Fragen herrschen; doch muss es einen Grundbestand von gemeinsamen Vorstellungen geben, die von allen geteilt – und geteilt heißt: gegebenenfalls auch verteidigt werden müssen. Dass dieser Grundbestand nicht genau zu bestimmen und sozusagen nicht in einer Charta zu formulieren ist, spielt dabei keine Rolle. Das ist die Folge davon, dass er eben Veränderungen unterliegt. Auch Normen und Werte bleiben nicht ewig gleich, sondern verändern sich.

Bei einer solchen Vorstellung von Europa bleibt auf den ersten Blick für das Christentum und die Kirchen nicht viel Raum. Doch dieser Eindruck täuscht. Das Christentum hat, wie oben skizziert wurde, eine zentrale Rolle bei der Entwicklung Europas gespielt, und selbst die Bedeutung der ständigen diskursiven Selbstversicherung lässt sich ohne große Mühe auf das christliche Erbe zurückführen. Doch kann es trotz dieser seiner wichtigen Rolle nicht verlangen, gleichsam als Lieferant für die europäischen Werte gesehen zu werden. Das gilt aber nicht nur für die christliche Tradition, sondern überhaupt für jedes Glaubens- oder Überzeugungssystem. Keines davon kann erfolgreich den Anspruch erheben, die Konturen von Europa bestimmen zu können. Und „können“ ist hier nicht als „dürfen“, sondern als „vermögen“ gemeint: Die Idee von Europa bringt es mit sich, dass es gar keinen solchen Satz von Werten geben kann, wer auch immer ihn formulieren würde.

Doch bleibt für das Christentum, konkret: für die Kirchen und für die einzelnen Gläubigen, eine Rolle von großer Wichtigkeit. Es geht darum, sich bei der Diskussion um den Charakter Europas zu engagieren und daran teilzunehmen. Das Ziel soll allerdings dabei nicht sein, so viele eigene Werte wie möglich durchzusetzen – Ziel muss es sein, das Gespräch, den Diskurs über die gemeinsame Zukunft aufrecht zu erhalten, die Regeln zu beachten, Defizite anzusprechen, Vorschläge zu diskutieren. Wie die Nichtwähler ein mindestens so großes Risiko für eine Demokratie darstellen wie extreme Parteien, so ist auch die Gleichgültigkeit gegenüber der Zukunft Europas gefährlich, da es keinen Automatismus gibt, der das System am Funktionieren halten würde. Das ist die Aufgabe aller – und die Kirchen spielen hierfür eine wichtige Rolle.

Dabei soll und kann gar nicht bestritten werden, dass die christliche Tradition ein reiches Arsenal an Vorstellungen, Werten und Ideen in sich birgt, die für Europa ein interessantes Angebot darstellen könnten. Aber es geht nicht darum, sie durchzusetzen, sondern sie müssen sich argumentativ bewähren. Allein die Tatsache, dass es innerhalb des Christentums, ja innerhalb ein und derselben christlichen Kirche ganz unterschiedliche Auffassungen davon geben kann, welche Werte in einer bestimmten Situation wie verstanden und konkretisiert werden sollen (und dass diese Vielfalt auch legitim ist), zeigt, dass es gar nicht möglich ist, *eine* Lösung für eine bestimmte Frage als unverzichtbar zu deklarieren. Die jüngere Geschichte ist voll von Beispielen des Scheiterns solcher Bemühungen, und die Anstrengungen der Russischen Orthodoxen Kirche, Russland zu einem „orthodoxen“ Staat zu machen, zeigen nicht nur, dass es völlig unmöglich ist, eine Gesellschaft auf diese Weise zu beeinflussen, sondern tragen auch zum Bedeutungs- und Glaubwürdigkeitsverlust der russischen Orthodoxie in ihrem Lande bei.

Was bedeutet das für die Zukunft Europas? Wenn wir Europa als jeweils neu zu verhandelnde Gemeinschaft verstehen, die auf den historisch erlangten und erkämpften Werten aufgebaut ist, dann ist es ein Projekt, das nie fertig ist. Die Gegenwart mit ihren Herausforderungen zeigt das sehr deutlich. Was dann bleibt, sind der Wille und die Bereitschaft, an diesem Projekt mitzumachen und sich dafür zu engagieren. Das aber ist keinesfalls wenig. Für den Kontinent ist es unabdingbar, und für uns alle ist es die Herausforderung, der wir uns zu stellen haben.

Quelle: <https://www.owep.de/artikel/930/was-ist-eigentlich-europa>; abgerufen am 03.12.2017

3. Die EU – kurz gefasst

Die Europäische Union ist eine einzigartige wirtschaftliche und politische Vereinigung von 28 Ländern, die zusammen einen großen Teil des europäischen Kontinents ausmachen. Die EU hat ihren Ursprung in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Alles begann mit der Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Dahinter stand die Idee, dass Länder, die Handel miteinander treiben, sich wirtschaftlich verflechten und daher kriegerische Auseinandersetzungen eher vermeiden.

Das Ergebnis war 1958 die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und eine wachsende wirtschaftliche Zusammenarbeit, ursprünglich zwischen sechs Ländern, nämlich Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden. Seither wurde ein riesiger Binnenmarkt geschaffen, dessen Weiterentwicklung hin zur Entfaltung seines vollen Potenzials anhält.

Was als reine Wirtschaftsgemeinschaft begonnen hatte, ist nun zu einer Organisation geworden, die vom Klimawandel über Umweltschutz und Gesundheit bis hin zu Außenbeziehungen und Sicherheit, Justiz und Migration zahlreiche Politikfelder abdeckt. Diesem Wandel wurde 1993 durch Umbenennung der EWG in Europäische Union (EU) Rechnung getragen.

Die EU beruht auf dem Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit. Ihr gesamtes Handeln stützt sich auf freiwillig und demokratisch von allen Mitgliedstaaten vereinbarte Verträge.

Ferner gilt in der EU der Grundsatz der repräsentativen Demokratie: Die Bürgerinnen und Bürger sind auf Unionsebene direkt im Europäischen Parlament vertreten, die Mitgliedstaaten im Europäischen Rat und im Rat der Europäischen Union.

Zu den Errungenschaften der EU gehören mehr als ein halbes Jahrhundert Frieden, Stabilität und Wohlstand, ihr Beitrag zur Steigerung des Lebensstandards und die Einführung einer einheitlichen europäischen Währung – des Euro. 2012 wurde die EU für ihren Einsatz für Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechte in Europa mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Da die Grenzkontrollen zwischen EU-Ländern abgeschafft wurden, genießen die Menschen im größten Teil des Kontinents Reisefreiheit. Gleichzeitig ist das Leben, Arbeiten und Reisen im europäischen Ausland viel einfacher geworden.

Der gemeinsame Markt oder „Binnenmarkt“ ist der wichtigste Wirtschaftsmotor der EU, der den weitgehend freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital sowie die Freizügigkeit der Bürgerinnen und Bürger ermöglicht. Ein weiteres zentrales Ziel besteht darin, dieses wertvolle Gut weiterzuentwickeln, um sicherzustellen, dass alle Europäerinnen und Europäer den größten Nutzen daraus ziehen können.

Eines der Hauptziele der EU ist es, die Menschenrechte sowohl innerhalb ihrer Grenzen als auch weltweit zu fördern. Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit,

Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte – dies sind die Grundwerte der EU.

Seit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon im Jahr 2009 sind alle diese von der EU garantierten Rechte in der Charta der Grundrechte verankert. Die Institutionen der EU, „Organe“ genannt, sind zur Achtung dieser Rechte verpflichtet, und die Regierungen der EU-Länder müssen sie bei der Anwendung des EU-Rechts einhalten.

Die auf 28 Mitgliedstaaten erweiterte EU ist weiterhin bestrebt, ihre Organe noch transparenter und demokratischer zu machen. Das direkt gewählte Europäische Parlament

erhielt zusätzliche Befugnisse, und die Rolle der Seite an Seite mit den EU-Organen arbeitenden nationalen Parlamente wurde gestärkt. Gleichzeitig stehen den europäischen Bürgerinnen und Bürgern immer mehr Wege zur Teilnahme am politischen Prozess offen.

Quelle: https://europa.eu/european-union/about-eu/eu-in-brief_de; abgerufen am 03.12.2017

4. Die Geschichte der Europäischen Union

Die Schaffung der Europäischen Union hatte zum Ziel, den zahlreichen blutigen Kriege zwischen den Nachbarländern, die im Zweiten Weltkrieg mündeten, ein Ende zu setzen. Seit dem Jahr 1950 beginnt mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl die wirtschaftliche und politische Vereinigung der europäischen Länder zur Sicherung eines dauerhaften Friedens. Die sechs Gründerländer sind Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande. Die 1950er Jahre sind vom Kalten Krieg zwischen Ost und West geprägt. Im Jahr 1956 brechen in Ungarn Proteste aus, die von sowjetischen Panzern niedergeschlagen werden. Mit dem Vertrag von Rom, der im Jahr 1957 unterzeichnet wird, entsteht die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) - der Gemeinsame Markt.

Die 1960er Jahre bieten gute Bedingungen für die Wirtschaft; ein Faktor hierfür ist die Abschaffung der Zölle auf den Handel zwischen den EU-Mitgliedstaaten. Außerdem wird beschlossen, die landwirtschaftliche Erzeugung gemeinsam zu organisieren, um alle Bürger ausreichend mit Lebensmitteln zu versorgen; bald entstehen sogar Überschüsse an Agrarerzeugnissen. Die Studentenunruhen vom Mai 1968 sind in die Geschichte eingegangen, und viele Veränderungen in der Gesellschaft und im Verhalten werden mit der sogenannten „68er Generation“ in Verbindung gebracht.

Am 1. Januar 1973 werden Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich Mitgliedstaaten der Europäischen Union; die EU hat jetzt neun Mitgliedstaaten. Durch den kurzen, aber brutalen arabisch-israelischen Krieg im Oktober 1973 wird eine Energiekrise ausgelöst, die die europäische Wirtschaft schwächt. Mit dem Sturz des portugiesischen Salazar-Regimes im Jahr 1974 und dem Tod des spanischen Generals Franco im Jahr 1975 endet die Zeit der rechtsgerichteten Diktaturen in Europa. Über die EU-Regionalpolitik werden hohe Beträge für ärmere Gebiete bereitgestellt, um Infrastrukturen aufzubauen und Arbeitsplätze zu schaffen. Das Europäische Parlament erhält mehr Einfluss auf die EU-Politik; im Jahr 1979 können alle Bürger erstmals ihre Vertreter im Parlament direkt wählen. In den 1970er Jahren werden die Maßnahmen gegen Umweltverschmutzung verstärkt. Die EU erlässt Vorschriften zum Schutz der Umwelt und führt das Verursacherprinzip ein.

Nach den Streiks an der Danziger Werft im Sommer 1980 wird die polnische Gewerkschaft Solidarność mit ihrem Anführer Lech Wałęsa zu einem europaweit bekannten Symbol. Im Jahr 1981 wird Griechenland zehntes Mitglied der EU; der Beitritt Spaniens und Portugals folgt fünf Jahre später. Im Jahr 1986 wird die Einheitliche Europäische Akte unterzeichnet. Dieser Vertrag schafft die Grundlage für ein umfassendes, über sechs Jahre angelegtes Programm zur Lösung der Probleme, die beim freien grenzübergreifenden Handel innerhalb der EU auftreten; damit entsteht der Binnenmarkt. Mit dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 und der Öffnung der seit 28 Jahren bestehenden Grenze zwischen Ost- und Westdeutschland wird eine große politische Wende ausgelöst. Sie mündet in der Wiedervereinigung Deutschlands im Oktober 1990.

Der Zusammenbruch des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa führt zu einer Annäherung der europäischen Nachbarstaaten. Im Jahr 1993 ist der Binnenmarkt vollendet; seine Kennzeichen sind die vier Grundfreiheiten: freier Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital. Außerdem werden in den 1990er Jahren zwei Verträge geschlossen. Der Vertrag über die Europäische Union („Vertrag von Maastricht“) und der Vertrag von Amsterdam. Umwelt geht uns alle an, aber auch im Bereich der Sicherheit und Verteidigung kann Europa gemeinsam handeln. Im Jahr 1995 wird die EU um drei Mitgliedstaaten erweitert: Österreich, Finnland und Schweden. Ein kleines Dorf in Luxemburg dient als Namensgeber für die Übereinkommen von Schengen, die Reisenden die Möglichkeit geben,

die Grenzen ohne Passkontrolle zu überqueren. Millionen junger Menschen studieren mit Unterstützung der EU in anderen Ländern. Durch die zunehmende Verwendung von Mobiltelefonen und das Internet wird die Kommunikation zwischen den Menschen wesentlich erleichtert.

Der Euro ist jetzt für viele EU-Bürger die neue Währung. In diesen zehn Jahren führen immer mehr Mitgliedstaaten den Euro ein. Der 11. September 2001, der Tag, an dem zwei gekidnappte Flugzeuge in Gebäude in New York und Washington gesteuert wurden, wurde gleichbedeutend mit dem Krieg gegen Terrorismus. Jetzt beginnen die EU-Länder, bei der Verbrechensbekämpfung enger zusammenzuarbeiten. Nach dem Beitritt von insgesamt zehn neuen Staaten im Jahr 2004 sowie Bulgarien und Rumänien im Jahr 2007 können die politischen Gräben zwischen Ost und West als überwunden betrachtet werden. Im September 2008 wird die Weltwirtschaft von einer Finanzkrise erschüttert. Der Vertrag von Lissabon wird von allen EU-Mitgliedstaaten unterzeichnet und tritt im Jahr 2009 in Kraft. Durch ihn erhält die EU moderne Institutionen und effizientere Arbeitsverfahren.

Europa leidet unter der weltweiten Wirtschaftskrise. Die EU hilft mehreren Ländern bei der Bewältigung ihrer Schwierigkeiten und gründet die Bankenunion, um für mehr Sicherheit und Zuverlässigkeit im Bankensektor zu sorgen. Im Jahr 2012 erhält die Europäische Union den Friedensnobelpreis. Im Jahr 2013 wird Kroatien der 28. EU-Mitgliedstaat. Der Klimawandel bleibt weiterhin ein wichtiges Thema, und führende Politiker beschließen, schädliche Emissionen zu reduzieren. Bei den Europawahlen von 2014 werden mehr europaskeptische Abgeordnete ins Europäische Parlament gewählt. Infolge der Annexion der Halbinsel Krim durch Russland wird eine neue Sicherheitspolitik eingeführt. Im Nahen Osten und in verschiedenen anderen Weltregionen breitet sich der religiöse Extremismus aus; dies führt zu Unruhen und Kriegen, in deren Folge viele Menschen aus ihrer Heimat vertrieben werden und Zuflucht in Europa suchen. Die EU steht vor der Frage, wie sie diese Menschen aufnehmen kann, wird aber gleichzeitig selbst Schauplatz mehrerer Terroranschläge.

Quelle: https://europa.eu/european-union/about-eu/history_de; abgerufen am 03.12.2017

5. Perspektive

Die Europäische Union hat in den gut sechs Jahrzehnten ihrer Existenz viel erreicht. Sie ist zweifellos die Erfolgsgeschichte des 20. Jahrhunderts. Im 21. Jahrhundert steht sie allerdings vor neuen Herausforderungen. Dabei handelt es sich um Aufgaben auf verschiedenen Feldern:

Es muss der EU gelingen, mit den neuen Strukturen des Lissabonner Vertrags zu arbeiten und das Zusammenspiel der derzeit 28 Mitgliedstaaten zu verbessern. Dazu gehört auch, das Vertrauen zueinander und die Verlässlichkeit untereinander im Hinblick auf gemeinsam getroffene Regelungen zu stärken. Gerade in der Eurokrise hat sich gezeigt, wie schnell längst überwunden geglaubte Vorurteile gegeneinander aktiviert werden können und wie sehr die Gemeinschaft darunter leidet, wenn die Partner sich nicht an die Absprachen halten. Die gemeinsame Währung Euro, deren Währungsraum seit dem 1. Januar 2014 insgesamt 18 Mitgliedstaaten angehören, ist vor allem deshalb in Schwierigkeiten geraten, weil die meisten Mitglieder sich nicht an die gemeinsam vereinbarten Schuldenregeln gehalten haben. Die Sicherung des Euro und der Zusammenhalt des Euroraums bleibt daher eine große Herausforderung.

Die veränderte Situation der Weltwirtschaft - z.B. durch das Erstarken der asiatischen und südamerikanischen Volkswirtschaften - stellt neue Anforderungen an die EU, deren wirtschaftliche Bedeutung langfristig herausgefordert wird und deren Bevölkerung rasch altert. Es gibt zudem weltweit eine wesentlich stärkere Konkurrenz um die knapper werdenden Energieressourcen. Dennoch den Wohlstand und damit auch den sozialen Frieden zu erhalten, ist eine zentrale Aufgabe der EU. Sie hat sich dafür das Programm "Europa 2020" gegeben, dessen Umsetzung allerdings große Anstrengungen von allen Mitgliedstaaten verlangt.

Die Distanz, die große Teile der Bevölkerung in den Mitgliedsländern zur Europäischen Union haben und die durch die Turbulenzen um den Euro nicht gerade geringer geworden ist, könnte dazu führen, dass die EU die Akzeptanz ihrer eigenen Bevölkerung verliert. Zum ersten Mal wird in einem Mitgliedsland, nämlich in Großbritannien, ernsthaft über den Austritt aus der EU diskutiert.

Umweltverschmutzung und -zerstörung sind keine lokal eingrenzbaeren Phänomene, sondern können nur in Kooperation der Weltgemeinschaft bekämpft werden, wie gerade beim Thema Klimawandel deutlich wird. Die EU muss hier ihre Vorreiterrolle zurückgewinnen, ohne ihre eigene wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit zu gefährden. Dabei muss sie auch ihre inneren Differenzen bewältigen, um in den internationalen Foren mit einer Stimme sprechen zu können.

Es gibt eine Reihe von Kandidaten und Interessenten für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union, die die EU auch im eigenen Interesse nicht einfach zurückweisen kann. Mit der Türkei wird seit 2005 um den Beitritt verhandelt, ohne dass es bislang zu einem Durchbruch gekommen ist. Es entsteht der Eindruck, dass beide Seiten keine wirkliche Bereitschaft mehr zeigen, aufeinander zuzugehen. Für die Befriedung des westlichen Balkans ist es wichtig, die Beitrittsperspektive, die 2013 für Kroatien eingelöst wurde, aufrecht zu erhalten. Auch für die Länder der östlichen Nachbarschaft muss die EU ein glaubwürdiges und attraktives Angebot entwickeln. Wie wichtig das ist, haben die Ereignisse Ende 2013/Anfang 2014 in der Ukraine gezeigt.

Terrorismus und Organisierte Kriminalität machen an Staatsgrenzen nicht halt und können nur gemeinsam bekämpft werden.

Die EU muss, auch vor dem Hintergrund ihrer eigenen demografischen Entwicklung, einen Weg finden, nicht nur legale Einwanderung zuzulassen, sondern gleichzeitig auch eine Willkommenskultur zu entwickeln, um für Immigranten attraktiv zu sein. Andererseits muss sie sich bemühen, die irreguläre Immigration einzuschränken, was nicht nur mit Drahtzäunen und Patrouillenbooten, sondern nur durch eine weitsichtige Politik gegenüber den Herkunftsländern möglich sein wird.

Die EU ist als eine der größten Handelsmächte der Welt gemeinsam mit den Mitgliedstaaten auch größter Geber von Entwicklungshilfe in der Welt und muss daher eine stärkere Rolle in der internationalen Politik spielen. Zu diesem Zweck muss sie ihre eigenen Instrumentarien effektiver gestalten. Der Lissabonner Vertrag schafft hierfür einige Voraussetzungen, die allerdings auch realisiert werden müssen. Das bedeutet: Das außenpolitische Auftreten der Europäischen Union muss verbessert und der Europäische Auswärtige Dienst funktionsfähiger werden. Beides wird nur gelingen, wenn die Mitgliedstaaten sich bemühen, mit einer Stimme zu sprechen.

Während sich die Themen hier einzeln auflisten und darstellen lassen, hängen sie in der tatsächlichen Politik eng miteinander zusammen. Scheitert die EU daran, Wohlstand und sozialen Schutz zu erhalten, wirkt sich das auf die Einstellung der Bevölkerung aus. Genau dasselbe kann passieren, wenn die EU keine politischen Ergebnisse vorlegen kann, weil das interne Zusammenspiel nicht funktioniert. Die Nachbarländer, um deren Annäherung an die EU gerungen und gestritten wird, sind gleichzeitig wichtige Energielieferanten oder zumindest Energietransitländer. Wenn es zudem nicht gelingt, die sogenannten Westbalkan-Länder zu stabilisieren und zu integrieren, kann das unmittelbare Auswirkungen auf Deutschland und andere EU-Staaten haben, z.B. im Hinblick auf die Sicherheit oder die Sozialsysteme. Die Europäische Union kann also keinen der genannten Punkte aus dem Blick verlieren oder "nach hinten schieben", da damit das gesamte System in Mitleidenschaft gezogen würde.

Quelle: <http://www.bpb.de/internationales/europa/europaeische-union/43006/ueberblick>;
abgerufen am 03.12.2017

Bei Interesse zur Zukunft Europas freiwillige vertiefende Lektüre unter

<http://www.bpb.de/internationales/europa/europa-kontrovers/182478/einleitung>